

Auf in den Tod aus Angst vor der Hölle

Zur: „Können von einem Wettüsten sprechen“, FR-Politik vom 19. Juni

Wie damals im Jahr 1914

Es setzt den einen oder anderen Leser doch in Erstaunen, dass die aufgrund eines Beschlusses der SPD-Reichstagsfraktion von Hugo Haase am 4. August 1914 vorgetragene Position nun auch deutlich in der FR wiederholt wird. Um den russischen Despotismus zu besiegen und die davon ausgehende „Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen“, stimmte die SPD der Kriegsfinanzierung zu. Es scheint kaum jemanden zu beunruhigen, dass darauf keine 100 Jahre oder mehr des Friedens folgten, sondern die Auseinandersetzungen zwischen den Staaten an Umfang und Grausamkeit zunahmen.

Als Konsequenz wäre es doch folgerichtig, den 4. August zum nationalen Gedenk- wenn nicht gar Feiertag zu machen. Wie wäre es denn, wenn alle Freunde der Aufrüstung sich zum Dienst in der Bundeswehr meldeten oder – noch besser – gegenüber der ukrainischen Regierung ihren Willen bekundeten, gegen die Aggressoren in den Kampf zu ziehen? Denn: Diesmal müssen sie Recht behalten. Im Zweifel können „wir alle“ am Ende sagen: „Zum Glück haben wir uns nicht alles gefallen lassen!“ Erwin Lörsch, Salzgitter

Der Westen ist keineswegs moralisch überlegen

Im Jahr 2012 hat die EU, da ihre Union aus ehemaligen Feinden eine friedliche Gemeinschaft geschmiedet habe, den Friedensnobelpreis bekommen. Heute stehen wir nach den Statistiken zweier neutraler und weltweit anerkannter Friedensforschungsinstitute, Sipri und Ican, infolge der größ-

ten Steigerung der Militärausgaben seit Jahrzehnten und des unauf lösbar erscheinenden Kriegs Russlands gegen die Ukraine vor der größten Bedrohung europäischer Geschichte. Eines Kriegs nicht nur vor der Haustür Europas, sondern auch unter Beteiligung (Logistik, Waffenlieferungen, Finanzierung) der europäischen Natostaaten. Das Wettüsten der Atomwaffenarsenale wie auch das der konventionellen Waffen, die Militarisierung des Planeten hat ein obszönes Ausmaß an Todesopfern und Ressourcenverbrauch erreicht, Ressourcen, die dringend nötig wären zur Bekämpfung des Hungers in der Welt und zur Beendigung von Vertreibung, Verfolgung, bitterster Armut wie auch zur Begrenzung des menschengemachten Klimawandels. Dabei soll allerdings nicht verschwiegen werden, wer – wieder nach den Zahlen von Sipri – die größten Anteile hat an der Eskalation der Rüstungsspirale: Die Ausgaben der USA für Rüstungsgüter, eine verarmlose Bezeichnung übrigens, sind nicht unerwartet die bei weitem höchsten. Sie betragen ein Vielfaches im Vergleich mit China und Russland auf der Gegenseite. Das mag diejenigen trösten, die an eine moralische Überlegenheit des Westens in Sachen Demokratie und Menschenrechte glauben. Zum Frieden allerdings führt das nicht.

Übrigens sollte man nicht so sicher sein, wenn man die Entwicklung zum Erstarken von Rassismus, Gewaltanwendung, Antisemitismus und Islamophobie anschaut. Auch die Nato hat in der Welt Kriege geführt ohne Auftrag der UN und gegen das Völkerrecht. Aber hier sollen nicht die Verbrechen der einen Seite gegen die andere aufgerechnet werden. Sicher ist, dass der Angriffskrieg der GUS gegen

die Ukraine, das tödliche Sich-Umklammern bis zur Ausblutung, so bald wie möglich beendet werden muss. Hilfreich und vernünftig könnte der Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden des SPD, Mützenich, sein: den militärischen Konflikt einfrieren und gleichzeitig Verhandlungen führen mit der Zielsetzung, zu einem Friedensvertrag zu kommen. Im Interesse gerade der notleidenden Bevölkerung der Ukraine. Jörg Sternberg, Hanau

Europa muss sich von US-Hegemonie befreien

Schon im Mittelalter nutzte die Kirche die Angst der gläubigen Menschen: Die Angst vor der Hölle machte gefügig und diente dazu, Geld einzutreiben. Heute dient die Angst vor einem Angriff Russlands (ob real oder nicht), die Aufrüstung mit Hunderten von Milliarden zu rechtfertigen. Die Drohung eines Donald Trump, Nato-Staaten, die seinen Forderungen nach Aufrüstung nicht ausreichend nachkommen, nicht mehr mit zu verteidigen, macht Politiker willfährig und lässt Rüstungskonzerne jubeln. Eine Antwort kann nur heißen, Europa muss sich von der Vorherrschaft der USA befreien. Die Rüstungsausgaben der USA waren 2022 die weitaus höchsten der Welt. Dienen sie nur der militärischen Verteidigung ihres Landes? Die rund 800 Militärbasen in 80 Staaten sprechen eine andere Sprache. So viel Angst kann man gar nicht haben.

Die AfD nutzt die zum Teil berechnete Angst vieler Mitbürger aus, indem sie die Ängste verstärkt, Sündenböcke aufbaut und unrealistische, einfache Lösungen anbietet. Geschichtsbewusste Bürger ahnen, was nach einem Wahlerfolg droht. Wolfgang Jeensch, Büdingen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschri ft auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240703

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Florian Weis über das Ergebnis der Wahlen in Großbritannien.
Montag, 8. Juli, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Georg Leppert und **Oliver Teutsch** moderieren das FR-Stadtgespräch zur „Sportstadt Frankfurt“. Mit Oberbürgermeister Mike Josef, Roland Frischkorn (Sportkreis Frankfurt), Petra Römer (TG Bornheim) und Michael Ulmer (Schwimmgemeinschaft Frankfurt).
Mittwoch, 10. Juli, 18 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf diskutiert mit den Politikwissenschaftlern Greta Olson und Helmut Breitmeier von der Justus-Liebig-Universität Gießen über „Was beschäftigt deutsche Wähler:innen bei der US-Präsidentschaftswahl?“
Mittwoch, 10. Juli, 18 Uhr
Justus-Liebig-Universität, Aula des Hauptgebäudes, Gießen

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Im Livestream unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 11. Juli, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Nähe zum rechten Rand

Javier Milei: „Der Systemsprenger“, FR-Politik vom 22. Juni

Der Demokratiefeind und pöbelnde Populist, der argentinische Regierungschef Milei, ist zu Besuch bei Kanzler Scholz. Hauptsächlich ist er nach Deutschland gekommen, um eine Medaille von der neoliberalen „gemeinnützigen“ Hayek-Gesellschaft zu erhalten. Die Gesellschaft, deren Mitglied bis Mitte 2015 auch Christian Lindner war, wird Nähe zum rechten Rand und der AfD nachgesagt.

Eigentlich hätte Milei besser Finanzminister Lindner besuchen sollen, weil seine Ansichten und seine Politik sicherlich bei Lindner auf offene Ohren treffen. Milei, der sich selbst als Anarchokapitalist bezeichnet, fährt einen radikalen Sparkurs und versucht auf Kosten der Armen in Argentinien, den Haushalt zu sanieren. Er will den Staat weiter schwächen und setzt in allen Bereichen auf Privatisierung. Das Gemeinwohl ist bei ihm wohl des Teufels und die öffentliche Subventionen und Leistungen der Daseinsvorsorge wie z.B. Strom, Wasser, Gas, öffentlicher Nahverkehr werden radikal zusammengestrichen.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander und die Armutsrate beträgt schon jetzt 55 Prozent. Diese Politik findet große Zustimmung beim Davoser Weltwirtschaftsforum und bei der Hayek-Gesellschaft. Bei beiden wurde Milei frenetisch gefeiert. Die Chefin des internationalen Währungsfonds, Kristalina Georgiewa, goutiert ebenfalls seine Politik. Wenn das keine Steilvorlage für Lindner und sein Sparkurs ist!?

Scholz wiederum ist sich mit Milei, der den menschengemachten Klimawandel leugnet und für die Freigabe des Organhandels eintritt (von irgend etwas müssen die Armen ja leben) einig, dass das Mercosur-Handelsabkommen mit Brasilien, Argentinien Paraguay und Uruguay möglichst schnell in Kraft treten soll. Was mit Brasiliens ehemaligem Präsident Bolsonaro nicht geklappt hat, soll nun mit einem ähnlich menschenverachtenden Milei durchgesetzt werden. Wie wirtschaftshörig und blind für den Klimawandel muss man sein, um dieses Abkommen zu fordern, das die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes weiter voran treibt?

Dieter Murmann, Dietzenbach

Enorme Kosten

Asylpolitik: „Drittstaaten-Vorschlag entzweit Bundestag“, FR-Politik v. 28.6.

Fürs Umsetzen eines Ruanda-Modells rechnet Großbritannien mit Kosten von mehr als 2,1 Millionen Euro pro asylsuchender Person. Da wäre es doch um mehr als die Hälfte billiger, der asylsuchenden Person eine Million Euro direkt zu geben.
Fritz Brehm, Frankfurt

Die Medien berichten nicht kritisch genug

AFD-Parteitag: „Radikale Gegensätze“, FR-Politik vom 1. Juli

Doch hinterher will niemand mitgewirkt haben

Sehr erschreckend fand ich die ausführlichen, teilweise sogar an erster Stelle in den Medien gebrachten Berichte über den Parteitag der AfD, die an Ausführlichkeit und Reihenfolge die Berichte über Parteitage der demokratischen Parteien übersteigt. Schließlich will gerade die AfD die öffentlich-rechtlichen Anstalten abschaffen. Will man sich auf diese Weise der AfD gefügig machen?

Schockiert hat mich leider auch die Titelseite der FR vom 1. Juli, in der dieser Parteitag großformatig dargestellt wird, wenn auch mit kritischer Überschrift. Dennoch stimmt es bedenklich, wenn es heißt: „der in Teilen rechtsextremen AfD“. Wenn die Delegierten in derart hoher Stimmzahl ihrer Führung die Zustimmung erteilen, kann von „Teilen der Partei“ wohl kaum die Rede sein. Die Art und Weise der Darstellung könnte zu Miss-

verständnissen in der Leserschaft führen. Schließlich heißt es dann doch richtigerweise, die AfD präsentiere sich geschlossen als offen faschistische Kraft.

Leider muss ich der Annahme im Leitartikel von Jan Sternberg zustimmen, die Regierungsbeteiligung sei nicht ausgeschlossen. Denn wenn ich die Politik von Leuten wie Merz und Lindner betrachte, muss man eine gewisse Zielrichtung erkennen, da Steuersenkungen für die Reichen und Kürzungen von Sozialleistungen die Protestwahlen zugunsten der Rechten fördern, wobei solche politischen Inhalte sich mit den Forderungen der AfD decken. Dass ein Großteil der AfD-Wähler dies nicht erkennt, wird wiederum durch die Art der Berichterstattung seitens vieler Medien verursacht. Wenn eine solche Abfolge von Geschehnissen wie vor rund 90 Jahren ins Verderben führt, will hinterher niemand daran mitgewirkt haben.

Peter Boettel, Göppingen

Als ob die AfD eine normale Partei wäre

Die Frankfurter Rundschau hebt sich in ihrer Berichterstattung zum AfD-Parteitag wohltuend von vielen anderen Medien ab. Dort wird nicht selten ohne jede Kritik über den Parteitag berichtet, als ob die AfD eine ganz normale Partei sei. Damit geht man aber der Parteitagsregie auf den Leim, die die AfD im Vorfeld der Landtagswahlen in Ostdeutschland handzahn präsentierte. Die Rundschau weist auf dem Cover vom 1. Juli zu Recht darauf hin, dass die AfD eine „faschistische Kraft“ ist.

Es sollte ein Anliegen aller demokratischen Menschen sein, in Sachsen (Höcke) eine Bresche in die wachsende faschistische Gefahr zu schlagen. Wir müssen den Wählerinnen und Wählern klar machen: Die AfD ist keine Protestpartei. Wer AfD wählt, wählt Faschismus!
Peter Weispfenning, Herne